



Interviews

Datum: 2. August 2023

Der CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen im Gespräch mit Thielko Grieß

Thielko Grieß: Am Telefon ist jetzt der Außenpolitiker der CDU, Norbert Röttgen. Herr Röttgen, guten Morgen auch Ihnen.

Norbert Röttgen: Einen guten Morgen!

Grieß: Ist dieser Gefangenenaustausch ein Erfolg des Kanzlers?

Röttgen: Es ist ein Erfolg für die befreiten Menschen zuallererst. Darin liegt auch die Rechtfertigung für dieses Verhalten. So würde ich es sagen. Es war für die Bundesregierung, für den Kanzler, für die Außenministerin, aber auch für den Oppositionsführer eine ganz schwierige Abwägung. Darum kann man nicht nur einfach von Erfolg sprechen, weil wir auch einen gravierenden Nachteil in Kauf genommen haben. Aber der wird gerechtfertigt durch den menschlichen Gewinn, durch Freiheit und die Befreiung von Folter für 16 Menschen.

Grieß: Ich vermute, Sie meinen die Überstellung des Mörders Wadim Krassikow. Ist es gerechtfertigt, diesen Mörder nach Russland zu überstellen?

Röttgen: Individuell betrachtet selbstverständlich nicht. Er ist ein Mörder, zu lebenslanger Haft verurteilt. Und die Methode, das Verhalten jetzt ist, dass die deutsche Justiz, die Strafjustiz, der Rechtsstaat den Strafanspruch, der gerichtlich festgestellt ist, gegenüber diesem Mörder - weil Putin ihn haben will - nicht realisiert. Das ist schon ein gewaltiger Verzicht, den der deutsche Staat, der Rechtsstaat hier akzeptiert, für ein höheres Gut, das der Menschlichkeit, der Freiheit, der Gesundheit, der Befreiung von Folter für 16 Menschen. Es ist ein Geben und Nehmen. Ich halte es im Ergebnis für richtig. Aber ich verstehe jeden, der sich damit sehr schwergetan hat. Ich tue es auch. Aber im Ergebnis unterstütze ich die Entscheidung.

Grieß: Olaf Scholz hat gestern am Flughafen Köln-Bonn gesagt, er habe auch Friedrich Merz, CDU-Chef, darüber informiert, über diesen Gefangenenaustausch, und zwar bevor er dann stattgefunden habe. Warum, Herr Röttgen, ist es für den CDU-Chef wichtig, darüber informiert zu werden?

Röttgen: Es ist für alle Beteiligten wichtig. Hier handelt ja der Staat als ganzer, nicht nur die Regierung, sondern es ist auch wichtig, hier eine politische Unterstützung zu haben. Das ist auch so gehandhabt worden in den 70er-Jahren, vor unserer Zeit, von Helmut Schmidt, dem damaligen Kanzler, und dem Oppositionsführer Helmut Kohl, dass hier eine Gemeinsamkeit der Demokraten auch ausgedrückt wird, sichtbar wird, auch kommuniziert wird. Das ist eine Stärke unseres Staates und in solchen Extrementscheidungen, wo ja der staatliche Strafanspruch nicht realisiert wird, sondern verzichtet wird gegenüber einem Diktator, der Geiseln nimmt, bewusst, um genau das zu erreichen, sollte, glaube ich, diese Breite, diese Ausnahme, diese rechtsstaatliche Ausnahme und Extremsituation breit von den demokratischen Kräften getragen werden. Darum finde ich das Verhalten des Bundeskanzlers sehr gut, den Oppositionsführer hier einzubeziehen.

Grieß: Wie bewerten Sie die Recherchen und Berichte, dass das grün geführte, von Annalena Baerbock geführte Außenministerium lange gezögert und diesen Gefangenenaustausch blockiert habe, auch zu einer Zeit, als Alexej Nawalny noch lebte?

Röttgen: Ich glaube, „blockiert“ ist der falsche Ausdruck. Es gibt und gab auch im Auswärtigen Amt, auch bei der Außenministerin erhebliche Bedenken, ob man sich so verhalten kann. Man muss ja auch immer mit Bedenken, was heißt das eigentlich für den nächsten Fall. Heißt das, dass Deutschland, die deutsche Strafjustiz gegenüber Putin den Strafanspruch nie durchsetzen kann, weil er ja beliebig Geiseln nehmen kann, irgendeinen Journalisten, Oppositionelle, weil er foltert, weil er dieses Instrumentarium einsetzt, brutal? Verzichtet dann prinzipiell der deutsche Staat?

Es ist keine prinzipielle Entscheidung; es ist eine Entscheidung im Einzelfall. Aber dass diese Bedenken bestehen, dass man sich damit schwertut, das teile ich und darum würde ich nicht von Blockade sprechen, sondern es ist ein schwieriger Abwägungsprozess, der stattgefunden hat, der zu diesem Ergebnis geführt hat.

Grieß: Es gab zwei Wege, den verurteilten Mörder auf rechtsstaatlichem Wege nach Russland zu schaffen. Der Weg, der genommen wurde, ist die Weisung an den Generalbundesanwalt, den Strafvollzug einzustellen und ihn dann auszuweisen. Der zweite Weg wäre gewesen eine Begnadigung durch den Bundespräsidenten. Welche Option halten Sie im Nachhinein für die bessere?

Röttgen: Eindeutig die gewählte, weil sie ausdrückt, dass das ein politisches Verhalten ist, das auch von der Bundesregierung zu verantworten ist. Das kommt in dieser Weisung zum

Ausdruck. Eine Begnadigung wäre ja das völlig falsche Signal und die völlig falsche Entscheidung gewesen. Es geht hier nicht um Gnade; es geht darum, dass der deutsche Staat höher gewichtet, was er für 16 gefährdete und in Haft unter Folter leidende Menschen tun kann.

Grieß: Hilft es, solche schwierigen Verhandlungen und dann Vereinbarungen mit Russland zu führen und dann zu bewerkstelligen, wenn man den Taurus nicht an die Ukraine liefert?

Röttgen: Ich finde es ganz wichtig, dass zwischen solchen Fragen keine Beziehungen hergestellt werden. Das ist auch nur zu rechtfertigen als Entscheidung, die dazu dient, Menschen zu retten. Das ist eine humanitäre Maßnahme, die nur darin ihre Berechtigung und Rechtfertigung findet, und ich würde mich sehr dagegen wenden, dass wir dieses Verhalten und diesen Abwägungsprozess mit anderen politischen Fragen, wo ich auch die Bundesregierung etwa kritisiere, wir auch als Opposition, in Verbindung bringen. Ich finde die Trennung sehr, sehr wichtig, um glaubwürdig zu bleiben in beiden Fällen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.